

## Spezial: Bundestagswahl 2017

Das Thema Gerechtigkeit haben sich alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Fahnen geschrieben. Ob die im September neu gewählten Abgeordneten und die künftige Bundesregierung dies realisieren, wird sich zeigen. Mit dem Gang zur Wahlurne können die BundesbürgerInnen beeinflussen, wie die ihnen wichtigen Themen in der Politik umgesetzt werden. Aus Umweltsicht gehören dazu unter anderem die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, eine ökologische Verkehrswende, das Ende der Massentierhaltung und der sozial verträgliche Kohleausstieg. Unsere GastautorInnen beleuchten diese Themen genauer.

In der Debatte über mögliche neue finanzpolitische Instrumente beweisen die Parteien wenig Mut. Suchergebnis nach Steuern für Verschmutzungen in den meisten Programmen: Fehlanzeige. Björn Klusmann führt aus, welche für die Umwelt positive Lenkungswirkung Preisanreize entfalten können.

Ein wichtiger Hebel zum Erreichen der internationalen Klimaschutzziele ist eine nachhaltige Mobilität. Denn für den Großteil der Treibhausgasemissionen ist der Verkehr verantwortlich. Und auch für die Gesundheit

der Menschen ist ein kohlendioxidneutraler Verkehr dringend erforderlich. Was das neue Kabinett dafür tun muss, beschreiben Michael Müller-Görnert und Philipp Kosok.

Auch in der Landwirtschaftspolitik sind sowohl ein Strukturwandel als auch ein gesellschaftlicher Wertewandel notwendig. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist, die Massentierhaltung zu beenden. Thomas Schröder sagt, wer zur Bundestagswahl geht, wählt auch den Tierschutz.

Und nicht zuletzt dreht es sich um die Kohle – nein, nicht um die klingende Münze, sondern um den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung. Vertagen von Entscheidungen und Maßnahmen ist verboten, mahnen Franziska Buch und Philipp Bedall. Denn es ist höchste Zeit zu handeln.

Wir wünschen viel Spaß und gute Erkenntnisse beim Lesen. Treffen Sie eine gute Wahl für sich und Ihre Umwelt!  
[Die Redaktion]

### Finanz- und Steuerpolitik

## Kein Klimaschutz ohne marktwirtschaftliche Anreize

Erst zusammen mit den CO<sub>2</sub>-Kosten sagen Preise die ökologische Wahrheit

**Die Bundesregierung will CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Der Bundestag hat das Paris-Abkommen ratifiziert. Offen ist, wie die gesetzten Ziele erreicht werden sollen. Den Parteien fehlt zumeist der Mut, wirksame Schritte einzuleiten. Damit konterkarieren sie auch die notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft. Preisanreize und ihre Lenkungswirkung bieten die Möglichkeit, diesen Wandel effektiv in Gang zu setzen. ■ VON BJÖRN KLUSMANN, FÖS**

Selten lassen sich die großen Unterschiede zwischen theoretischer Übereinstimmung und praktischem Handeln deutlicher erkennen als beim Klimaschutz. Auf der einen Seite: das theoretische und konsensuale Beratschlagen darüber, wie Deutschland den Wandel zu einer Green Economy bewerkstelligen kann und die damit verbundenen immensen Chancen. Hinzu kommt die breite Unterstützung der internationalen Klimaschutzvereinbarungen. Auf der anderen Seite: die langwierigen praktischen Verhandlungen um konkrete politische Maßnahmen, die Eingang in den Klimaschutzplan der Bundesregierung finden sollen – nach einer Einigung wird lange händierend gesucht. Doch hängen beide Ebenen unweigerlich miteinander zusammen – Theorie

allein bleibt eben grau. Dabei mangelt es nicht an Unterstützern – beispielsweise hatte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD jüngst mit der Studie „Investing in Climate, Investing in Growth“ gezeigt, dass Klimaschutzmaßnahmen und Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen und dass ein frühzeitiger Klimaschutz enorme Folgekosten verhindern kann. Warum fehlt den deutschen Parteien also so oft die Courage, Klimaschutzpläne langfristig zu denken und auf marktwirtschaftliche Instrumente wie einen gerechten CO<sub>2</sub>-Preis zurückzugreifen?

Dass sich die meisten Parteien dem Thema verweigern, ist umso erstaunlicher, wenn man die derzeitige Steuerstruktur betrachtet. Wir zahlen unsere Steuern heute

nicht auf das, was der Gesellschaft schadet, sondern auf das, was allen nützt. Der Staat finanziert sich zu fast zwei Dritteln durch Steuern auf den Faktor Arbeit und zu weniger als fünf Prozent durch Steuern und Abgaben auf die Nutzung natürlicher Ressourcen – Tendenz seit Jahren fallend.

### Preisanreize als Hebel für nachhaltiges Wirtschaften

Ein nachhaltiges Steuersystem sollte stattdessen umweltfreundliches Verhalten belohnen und umweltschädliches Verhalten mit höheren Preisen belegen. Die tatsächlichen Kosten von Umweltschäden und sozialer Ungerechtigkeit müssen den VerursacherInnen und nicht den SteuerzahlerInnen in Rechnung gestellt werden. Dies

geht, ohne die Bürger und Unternehmen in ihrer Entscheidungsfreiheit zu bevormunden oder durch Verbote einzuschränken. Zusätzlich werden jährlich noch immer 57 Milliarden Euro als umweltschädliche Subventionen zurückgegeben. Folglich sind umweltschädliche Produkte und Technologien finanziell oft die billigste Möglichkeit für VerbraucherInnen.

Im Rahmen der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage verglich die Bundesregierung im vergangenen Jahr die Instrumente zur Einsparung von Treibhausgasen. Das eindeutige Ergebnis: Die Reform der Energie- und Stromsteuern bewirkte mit Abstand die größte Einsparung, fast doppelt so groß wie die nächsteffektive Maßnahme (Änderung der Energieeinsparverordnung) und mehr als zwölfmal so hoch wie zum Beispiel der Emissionshandel.

### Von wahren Preisen keine Spur

Davon, dass die Preise jedoch in den allermeisten Fällen nicht die ökologische Wahrheit abbilden, zeugen diverse Beispiele: Flüge von Berlin nach Köln werden zeitweise für absurde 9,99 Euro angeboten – ein Preis, wie er nur zum Nachteil von Arbeitnehmern, Steuerzahlern und Umwelt entstehen kann. Ein Preis, der den Konsumenten nur eines signalisiert: immer mehr, immer weiter – aber immer auf Kosten der anderen. Diese Preispolitik wird durch eine verzerrte deutsche Steuer- und Subventionspolitik erst ermöglicht. Auch bei der Kraftstoffbesteuerung ist es nicht gelungen, in den Abbau der Dieselbevorzugung einzusteigen. Der Steuervorteil beträgt etwa 18 Cent pro Liter und ist ökologisch nicht zu rechtfertigen. Denn Diesel wird trotz des 10 Prozent höheren Energiegehalts und des 13,3 Prozent höheren CO<sub>2</sub>-Gehalts gegenüber Benzin steuerlich begünstigt. So unterstützen die Steuern die Kaufentscheidung zugunsten der umweltschädlicheren Technologie.

Ähnliches gilt für die gesamte Energiebesteuerung: Die Steuersätze sind über die Energieträger hinweg nicht konsistent und in ihrer Höhe nicht ausreichend. Rechnet man die Energiebesteuerung auf CO<sub>2</sub> um,

entspricht die Energiesteuer auf Erdgas beispielsweise einem Preis von 27 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, die auf leichtes Heizöl etwa 23 Euro pro Tonne. Zudem besteuert Deutschland leichtes Heizöl mit nur sechs Cent pro Liter, was in etwa ein Drittel des europäischen Durchschnitts darstellt. Da überrascht es nicht, dass der Absatz der Ölheizungen wieder ansteigt, während der Verkauf von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien stagniert.

### Wo die nächste Bundesregierung ansetzen muss

Mit einer grundlegenden Ausrichtung der Steuer- und Abgabenpolitik auf die beschlossenen Ziele könnte der Staat Anreize für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise schaffen. Ein Umweltsteueranteil in Höhe der von der EU empfohlenen 10 Prozent würde jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 75 Milliarden Euro gegenüber dem Status quo bedeuten. Damit könnten beispielsweise die Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit gesenkt oder BürgerInnen sowie Unternehmen anderweitig entlastet werden. Auch die energie-, klima- und umweltpolitischen Ziele der Bundesregierung rückten damit wieder in greifbare Nähe.

In der Energiebesteuerung können weitreichende, umweltschädliche Ausnahmen und Vergünstigungen abgebaut werden. Ein zentrales Element ist zudem ein gerechter und effektiver CO<sub>2</sub>-Preis über alle Sektoren hinweg – eine finanzielle Sektorkopplung. Dazu müssen die bestehenden Energiesteuern innerhalb der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr angeglichen und zusätzlich ein CO<sub>2</sub>-Preis von anfänglich mindestens 30 Euro pro Tonne veranschlagt werden, der den unzureichenden Emissionshandel ergänzt. Zudem sollten die Folgekosten der Atom- und Kohleenergie verursachergerecht finanziert werden.

Im Verkehrssektor ist es unter anderem notwendig, das Dieselpatent sowie milliardenschwere Steuerbegünstigungen in der Luftfahrt (durch Ausnahmen bei der Energie- und Mehrwertsteuer) abzuschaffen. Dies trüge zu mehr Kostengerechtig-

keit zwischen den Verkehrsträgern und zu mehr Technologieneutralität bei. Für eine nutzungsabhängige Finanzierung der Infrastruktur bedarf es darüber hinaus der Ausweitung intelligenter Mautsysteme (sowohl für Lkws als auch Pkws).

Im Agrarbereich kann die Beihilfepolitik umweltgerechter ausgestaltet werden, um die externen Kosten und den Nutzen der Landwirtschaft besser abzubilden. Pestizideinsatz sowie Stickstoffüberschüsse können mit Steuerinstrumenten geregelt werden. Natürliche Ressourcen müssen angemessen bepreist werden, sodass ihr Abbau auf ein gesellschaftlich und ökologisch verträgliches Maß beschränkt bleibt.

Im Sinne einer nachhaltigen Finanzreform ist das Ziel jedoch nicht, den Faktor Umwelt einfach stärker zu belasten. Vielmehr geht es um eine Umschichtung des Steueraufkommens zwischen den Faktoren: Was an zusätzlichen Umweltsteuereinnahmen erwirtschaftet wird, könnte wiederverwendet werden, um Lohnnebenkosten zu senken, Geringverdienende, EmpfängerInnen von Transferleistungen sowie nachhaltig wirtschaftende Unternehmen zu entlasten, Zukunftsinvestitionen zu tätigen oder Schulden abzubauen. Auf diese Weise würden bestehende Hemmnisse und Belastungen verringert und eine umwelt- und sozial verträgliche Transformation der Wirtschaft beschleunigt.

Um diese Ziele anzuschieben, hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) die „Initiative nachhaltige Finanzreform“ geschmiedet. Gemeinsam mit 18 weiteren Akteuren aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft ebenso wie aus dem gewerkschaftlichen und kirchlichen Spektrum engagieren wir uns für einen Umbau der Steuerstruktur.

Björn Klusmann ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS).

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 7623991-40,  
E-Mail: [bjoern.klusmann@foes.de](mailto:bjoern.klusmann@foes.de),  
[www.foes.de](http://www.foes.de)

